

einer Reform des Gesundheitswesens nicht in Vergessenheit kommt. Der beispiellose Niedergang der Volksgesundheit und die wirtschaftliche Not der breiten Massen erweisen jeden Tag aufs neue die Notwendigkeit, ärztliche Hilfe und Gehilfen zu trennen.

Auf dem Gebiet der Kleinkinder- und Jugendfürsorge wurden die in den Haushaltsplan eingeleiteten, mitunter beschämend geringen Summen mehrfach erheblich erhöht, um den vorhandenen dringenden Bedürfnissen wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen. Auch für Frauenreferate im Wohlfahrtsministerium und für soziale Auszubildungszwecke wurden Mittel zu erhöhten Ausgaben bewilligt. Sportgerät soll im Interesse einer Erleichterung der Jugend künftig nicht mit Luxussteuern belegt werden. Sehr zeitgemäß war unser Antrag auf Abschaffung der Prügelstrafe in den Bausen- und Fürsorgeanstalten. Weiter forderte ein Antrag Beihilfen für alle ärmeren städtischen und privaten Anstalten, die der Jugendfürsorge dienen, ein ausschlaggebendes Kontrollrecht des Staates über deren Einnahmen und Ausgaben sowie die Errichtung einer Zentralstelle im Wohlfahrtsministerium.

Ein Antrag der Genossin Kunert hatte sozialpflegerische Fürsorge für sittlich gefährdete Frauen und Mädchen verlangt. In einem ähnlichen Sinne gelangte ein Ausschuh Antrag zur Annahme, der das Staatsministerium ersucht, dahin zu wirken, daß bei der Sittenpolizei sowohl in bezug auf ihre Organisation wie ihre Tätigkeit den sozialpflegerischen Grundgedanken mehr Rechnung getragen werde. Die Deutschnationalen hatten dazu Vermehrung der weiblichen Polizeibeamtinnen innerhalb der Sittenpolizei beantragt. Dieser zweite Teil des Antrages wurde mit Zug und Recht abgelehnt.

So haben wir uns auf vielen Gebieten bemüht, fruchtbringende Arbeit zu leisten. Trotz der schlimmen Finanznöte des Staates war es uns möglich, nicht unwesentliche Verbesserungen zu erzielen. Auch bürgerliche Gegner haben anerkannt, daß unsere kleine Landtagsfraktion über das Maß des von ihr zu Erwartenden hinaus ihre Pflicht getan hat. Der größte Teil der praktischen Anregungen ging zweifellos von der U. S. P. D. aus. Erfreulich war es, daß ohne besondere Verabredung alle drei sozialistischen Parteien bei der Abstimmung einheitlich vorgingen. Allerdings handelt es sich bei den Fragen der Volkswohlfahrt um so Wichtiges und gleichzeitig Raheliegendes, daß demgegenüber aller Parteihader verstummen mußte.

Die Teuerung

Berlin, 12. Dezember.

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist von 2400 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 3416 oder um 39,9 Prozent im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat das Katastrophenniveau von Februar 1920 in allen Warengruppen weit überschritten.

Gegenüber dem Vormonat stiegen Getreide und Kartoffeln von 2380 auf 3197; Fleisch, Fisch, Fett von 2325 auf 3154; Kolonialwaren von 3089 auf 4923; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 2417 auf 3308; ferner Häute und Leder von 4589 auf 6077; Textilien von 4176 auf 6518; Metalle von 2965 auf 5123; Kohle und Eisen von 1885 auf 2380; Industriestoffe zusammen von 2539 auf 3618; die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fisch, Fett, Kohle, Eisen) von 2235 auf 2967; die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren von 3585 auf 5662.

Der Dollar stieg im Durchschnitt des Monats November gegenüber Oktober in Berlin um 75,1 Prozent; ihm kommen die Einfuhrwaren mit einer Preissteigerung um 57,9 Prozent nahe, während sich das Preisniveau der Inlandswaren gleichzeitig um 32,9 Prozent hob.

Wir fragen: Wo sind die Lohnsteigerungen, die dieser Preissteigerung um 38,9 Prozent innerhalb eines einzigen Monats die Wage halten? Dabei zeigt sich, daß der Sturz des Auslandswertes der Mark sich im Inlande noch nicht einmal in Gestalt von Preissteigerungen voll ausgedehnt hatte, weder bei der Einfuhr- noch bei der

Inlandsware. Daraus ist wohl zu folgern, daß auch die neueste Verbesserung des Marktkurses in der Preisgestaltung nur unbedeutend oder gar nicht in Erscheinung treten wird. Diese Erwägung ist für gegenwärtig schwebende Lohnverhandlungen besonders wichtig. Wir werden auf das Verhältnis zwischen den Preis- und Lohnbewegungen demnächst noch zu sprechen kommen.

Gegen die rheinische Sonderbündelei

Die politischen Parteien des Rheinlandes haben in einer gemeinsamen Sitzung in Bonn am 12. Dezember einen Aufruf beschlossen, in dem den Bestrebungen der Sonderbündler zum Ausdruck gebracht, daß das Rheinland politisch und wirtschaftlich auf Gedeih und Verderb mit dem großen deutschen Vaterlande untrennbar verbunden ist. Der Aufruf schließt: „Wir halten auf ewige Zeiten fest am Deutschen Reich und wollen von einer Loslösung rheinischer Gebiete nichts wissen. Das ist die innerste Ueberzeugung und der entschlossene Wille der Rheinländer.“

Unterzeichnet ist dieser Aufruf von der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erklärt zu diesem Aufruf: In der Ueberzeugung, daß die Loslösung der Rheinlande vom übrigen Reich — in politischer und wirtschaftlicher Beziehung — den Interessen des deutschen Proletariats nicht entspricht, bekämpfen wir nach wie vor aufs äußerste alle dahin zielenden Bestrebungen. Wir lehnen es jedoch ab, die Rundgebung der übrigen rheinischen Parteien zu unterzeichnen, weil wir der Ansicht sind, daß die sie bestimmenden Motive im Kampfe gegen die Loslösungsversuche anderer Natur sind als die unsrigen.

Die neuen Eisenbahngesetze

Im Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln hat Herr Stieler, Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, über die Lage der Reichseisenbahnen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten gesprochen. Was er über die Lage der Reichseisenbahnen seit Kriegsausbruch sagte, ist bekannt. Ueber seine übrigen Ausführungen entnehmen wir den vorliegenden Meldungen folgendes:

„Zur Streitfrage Reichsbetrieb oder Privatbetrieb“ äußerte der Redner sich dahin, daß nachdem die Industrie sowohl die Sicherung der Rechte des Personals, wie auch dessen nur langsam vorzunehmende Verminderung zugefugt habe, kaum mehr ein Punkt zu finden wäre, wo eigentlich durch die Privatführung gespart werden könnte. Da zudem die Notwendigkeit eines führenden Mitbestimmungsrechtes des Reichs auch von der Industrie nicht geleugnet werde, so wäre die gewünschte freie wirtschaftliche Betätigung ohnehin sehr beschränkt. Demgegenüber sei vielmehr erstrebenswert, die Bahnen künftig zwar nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, aber unter Berücksichtigung eines Ausgleichs von Einnahmen und Ausgaben zu führen. Das soll durch das Eisenbahngesetz erreicht werden, das seinen Entwurf die Reichsbahn selbstständig und der unmittelbaren Einwirkung der geltenden Faktoren entzogen wird, so daß der Minister nur für die Einhaltung der Gesetze und die Erfüllung der allen Bahnen obliegenden Pflichten dem Reichstag verantwortlich ist. Auf dem Gebiete des Personalwesens soll ein eigenes Eisenbahn-Arbeitsgesetz, unter Festhaltung des Arbeitsvertrages, eine wirtschaftliche Personalreorganisation herbeigeführt werden.“

Die Gestaltung des Reichseisenbahnetats durch ein besonderes Gesetz und seine Loslösung vom allgemeinen Reichshaushalt, die durch das Eisenbahngesetz herbeigeführt werden soll, entspricht den Bestimmungen der Reichsverfassung. Auf das besondere Eisenbahn-Arbeitsgesetz wird sehr sorgfältig zu achten sein. Die Organisationen der Eisenbahner werden nicht verfehlt, ihr mitentscheidendes Wort schon bei der Vorbereitung des Gesetzes in die Waagschale zu werfen.

Die Oedenburger Abstimmungsomödie

Die Völkervereinigung hat die Abstimmung in Oedenburg und Umgebung auf den 14. und 16. Dezember festgesetzt. Sollte die Abstimmung tatsächlich zu diesem Termin stattfinden, so kann es sich nur um eine Abstimmungsomödie, ja, um einen Abstimmungsbetrug handeln. Denn die zu einer einwandfreien Abstimmung nötigen Voraussetzungen fehlen in Oedenburg gänzlich. Während in Oberösterreich die Entente in jahrelanger Forderung die deutschen und polnischen Macht- und Gewaltverhältnisse zurückdrängen und den Boden für eine gerechte Abstimmung vorzubereiten versucht, ist im Oedenburger Gebiet nicht das Geringsie in dieser Hinsicht geschehen. Die Ungarn beherrschen sowohl die Verwaltung als auch die allgemeine Stimmung im Oedenburger Gebiet ohne jede Einschränkung, während es der Gegenseite, Deutschösterreich, durch den ungarischen Terror völlig unmöglich gemacht wird, eine Abstimmungskampagne zu betreiben. Die Ungarn arbeiten mit Hochdruck, das alte Mittel der Wahlfälschungen, das in Ungarn geradezu historisch geworden ist, setzt wieder ein, indem zahlreiche Personen, die niemals in Oedenburg gewesen sind oder sonstige die Bedingungen als Abstimmungsberechtigte nicht erfüllen, in die Abstimmungslisten eingetragen werden. Natürlich ist es nur zu einem kleinen Teil möglich, alle diese Fälschungen nachzuweisen.

Die österreichische Regierung hat am vergangenen Sonnabend bei der Völkervereinigung gegen den festgesetzten Abstimmungstermin Verwahrung eingelegt. Die Gründe dafür dürften in dem Vorstehenden zur Genüge zum Ausdruck kommen. Nunmehr wird mitgeteilt, daß die Völkervereinigung dem Ansuchen um Verschiebung der Oedenburger Abstimmung Folge geleistet habe. Die Völkervereinigung verschleifte sich nicht dem Ansuchen der österreichischen Regierung, den Abstimmungstermin so anzusetzen, daß das Plebiszit nach gerechten Grundsätzen erfolgen könne.

Trifft diese Meldung zu, dann hat die Völkervereinigung weiterhin die Pflicht, innerhalb der neuen Frist im Abstimmungsgebiet die Voraussetzungen zu schaffen, die eine Abstimmung nach gerechten Grundsätzen gewährleisten. Die Nachmittel dazu dürfen ihr nicht fehlen.

Sozialdemokratischer Parteitag in der Tschechoslowakei

(Intol.) Teichen, 13. Dezember.

In der gestrigen Sitzung des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Partei sprach der Abgeordnete Dr. Cech. Er wies hin auf die großen Schwierigkeiten der parlamentarischen Arbeit, hervorgerufen durch die schwierige parlamentarische Gesamtlage. Bei der Besprechung des Karlisten-Pujsches und seiner Rückwirkung auf die Politik der Tschechoslowakei erklärte er, daß die militärische Aktion nicht mit der politischen Lage der Arbeiterklasse sprach. Uebergehend auf die parteipolitische Lage der Arbeiterklasse sprach Redner die Hoffnung aus, daß eine baldige Wiedervereinigung des gesamten Proletariats der Tschechoslowakei erfolgen werde. Man müsse die Arbeiterklasse zurückführen auf den Boden marxistischer Erkenntnis und klassenbewußten Handelns. Die Partei erstrebe diese Vereinigung der Arbeiterklasse zur Bewirkung der Karlsbader Beschlüsse.

Im Anschluß an die politische Debatte wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gesagt wird, daß die Tschechoslowakei nichts anderes als ein Geschäft der großen Entente sei. Die Außenpolitik werde vollständig beherrscht von Frankreich. Die Resolution verlangt die Beseitigung aller militärischen Konventionen und Allianzen, die Ausnahme freundschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern, besonders zu Deutschland und Oesterreich und die sofortige Beseitigung der Geheimdiplomatie. Innenpolitisch kündigt sie den Kampf gegen den Militarismus an und verlangt die völlige Gleichberechtigung aller Nationalitäten. Die Einheitsfront mit den deutsch-bürgerlichen Parteien wird abgelehnt, dagegen soll die Wiedervereinigung der gesamten Arbeiterklasse, unbeschadet der grundsätzlichen Einstellung zu den Kommunisten, angestrebt und herbeigeführt werden.

Der Film am Dienstag

Hinterterre

Vor Monaten hörte man, Leopold Zehner inszenierte seinen ersten Film. Als Autor sei ihm der eigenwilligste unter den Filmautoren gewonnen, Carl Mayer, der Sonderling, der unermüdllich nach neuen Bahnen suchend, eine Verbindung mit der Filmindustrie nur dann eingiebt, wenn diese unter Verzicht auf jegliche Konzessionsforderung sich seinem Willen bedingungslos unterwirft. Sein Manuskript sei auf nur drei Personen aufbewahrt. Dies Experiment schien uns undurchführbar. Denn ist schon ein Wagnis, ein mehraktiges Bühnenwerk auf nur drei Personen zu stellen, wie soll erst der Film damit fertig werden, der sich auch bei reichlicher Verwendung von erläuternden Texten doch bloß aus Augen des Zuschauers wenden kann, weil ihm jene Sprache fehlt, die an Ohr und Herz klingt und aus ähnerer Auge verzichtet. Immerhin dürfte man selbst auf ein mißglücktes Experiment dieser Art, schon seiner unerhörten Kühnheit wegen, gespannt sein. Nun wurde dieser Film: „Hinterterre“ in einer Sondervorführung gezeigt.

Grau und eng ist die Treppe, die da Küche mit Hausflur verbindet. Sie umschließt nichts als das armselige Dasein und die Tränen eines Dienstmädchens. In Hauptmanns „Verjüngter Glode“ heißt es von einer Träne: „Blickt man hinein, so funktelt alle Pein und alles Glück der Welt aus diesem Stein“. Und Mayer, Zehner und die Porten lassen uns in diesen Stein hineinklicken, und wir sehen in ihm jene große Welt da draußen, obwohl sie uns nicht gezeigt wird, mit all ihrem Glanz und Glend deutlicher und greifbarer, als wenn sie uns „gezeigt“ würde! Sie wird sichtbar in der Glückseligkeit des Dienstmädchens, das aus den Armen des geliebten Handwerkers heimkehrt und dann im Leib des Mädchens, wenn Tag für Tag vergeht und der Liebe verschollen bleibt. Währenddessen aber feiert man bei Rechnungsrats, wo das Mädchen dient, die Vermählung der Tochter, also ein auf Kommando herbeigerufenes Glückereignis! Ohne daß uns auch nur eine einzige Gestalt aus dieser Kleinbürgerlichen Welt vorgeführt würde, kulst das ganze Kleinbürgertum in seiner engen Leibhaftigkeit doch an uns vorüber, indem uns zwischen Mobilkar und Hochseilstafel das in Marmorereifigkeit harrende Niesenzrohr eines Grammophons angrinst oder wir innige Gefühle zu fabrikmäßigen Instruktionen auf den Väandern der Kränze erstarrt sehen. Und wenn am nächsten Morgen das Mädchen die zum Wachen hinangestiegenen Stiefler der Herrschaften einjammert, liegt vor uns in diesen Stieflern, als ob sie eine Seele hätten, der ganze Lebensinhalt ihrer Träger erschlossen, gegen dessen schablonenmäßigen Verlauf die Empfindungen des Dienstmädchens abfließen. Immer wieder, sobald die Hintertreppe unter den Schritten des Briefträgers knarrt, erscheinen in der Küchentür die fragenden Blicke des Mädchens, und immer wieder ziehen sie sich tränenfeucht zurück. So vergeht die Zeit, bis der Briefträger, der einzige Zeuge ihres Schmerzes, ihr schließlich ein Telegramm bringt: „Sei nicht traurig, komme wieder.“ Aber halb entdeckt sie, daß dies Telegramm vom Briefträger herkommt, dem ihr Unglück so naheging, daher zu diesem Mittel griff, um

sie aufzurichten. Aus ihrem Dank für sein Mitgefühl entwickelt sich allmählich eine wärmere Zuneigung, und wie der brave Handwerker direkt aus dem Krankenhaus, wo er nach einem Sturz vom Gerüst wochenlang bettungslos dalag, zu seinem Möbel sich begibt, tritt sie gerade aus der Kammer eines andern. Er senkt vor ihr den Kopf, und sie schleicht sich verzweifelt davon. Damit schließt der dritte Akt, damit müßte auch das Stück schließen, denn unsere Schauer vor dem unentzerrbaren Schicksal wären nachhaltiger, wenn man uns dessen Ausgang nur dunkel ahnen, nicht aber in banaler Deutlichkeit mitmachen Heß! Der Briefträger erschlägt den Handwerker, das Mädchen schneidet sich vom Dach herunter, und eine überflüssige Menschenmenge besteht die Leiche, nachdem es gelungen war, drei Akte lang mit nur zwei Personen — denn der Handwerker ist zwischen Beginn des ersten und Schluß des dritten Aktes verschollen — die Spannung zu erhalten und eine Atmosphäre zu erzeugen, wie sie etwa von einem ernsten Drama ausgeht! Dem Uebel ist leicht abzuwehren: will man schon unbedingt darauf hinweisen, wie das Mädchen endet, dann schneide man aus dem vierten Akt den Streifen aus, wo sie wie eine Nachtwandlerin die Treppe hinaufklettert bis das Dachgestirn aufblitzt — aber nicht weiter! Das hänge man dem dritten Akt an und mache damit Schluss!

Der Eindruck war sehr stark, und der nach Fallen des Vorhangs spontan einsetzende Raus nach dem Autor bewies — da seit Bestehen der Kinematographie noch nie nach einem Filmautor geseufert wurde —, daß man dies Unikum von Film als solches einzuschätzen weiß. Aber auch Henrys Worten hat die Reaktion noch nie so ehrlich verdient wie mit dieser Gestalt, die in solcher Vollendung nur noch die Ma Nielsen nachschaffen könnte. Die erste Stelle im Handwerker einen einfachen, lieben Menschen hin, Korner als Briefträger wollte sich durch einige Mädchen des „Stars“ über die beiden anderen Darsteller erheben, was ihm aber nicht gelang. Gewiß wird der Erfolgs Manners und Zehners die Filmindustrie, die an der Durchführbarkeit eines solchen Plans mit Recht zweifeln dürfte, verwirren. Man lasse sich daher gesagt sein: Hier liegt ein Experiment vor, das nur einmal glücken kann und nun eben schon geplatzt ist, soart soweit geplatzt ist, daß der Film — mit Ausnahme eines Zettels, eines Briefes, eines Telegramms — auch keine erläuternden Mittel aufweist! Darum also lasse sich niemand zu leeren Nachahmungen verleiten. Doria Koffler

Filmschau

Im „U.-L.“ am Kurfürstendamm läuft der zweite Teil der „Aventuerin von Monte Carlo“ unter dem Titel „Morokkanische Nächte“. Die Landschaften von Morokko sind so schön, daß man das miserable Spiel der Ellen Richter darüber vergißt.

Im „Lauenhienpalaß“ tauschte man mir diesmal mein Billett für einen anderen Tag ein. Leider! So war ich gewunnen, mir zwei abwechselnde Filme anzusehen. Der erste heißt „Die Brandung braun“ und ist, soweit ich beurteilen kann, ein französischer, jedenfalls einer der schlechtesten Auslandsfilme, die bisher in Berlin zu sehen waren. Verlogen-romantisch, gekünstelt und theatralisch sind Schauspieler, Inhalt und Regie.

„Vapa kann's nicht lassen“, ein Lotte-Neumann-Film, ist dann allerdings noch um zwei ganze Klassen höher. So was von Bistoffigkeit und Langeweile kann man sich einfach nicht vorstellen, wenn man's nicht selbst gesehen hat. Ein schon recht seit gewordenes, älteres Mädchen in Badisch-aufmachung, umgeben von ein paar ebenso häßlich, wie albern aussehenden Männern und diese Gesellschaft stellt sich alle zwei Minuten hin, zieht Männer breit, wackelt mit den Ohren und ruft: „Huch nein! wie sind wir komisch! Bitte, nee nu audt doch mal, wie sind wir komisch!“ Das ist ein Berliner Lustspiel. Und das Publikum? Das lacht tatsächlich. Dasselbe Publikum, das sich gestern noch über Chaplins herrlichen Humor freute, das lacht heute über dieses unglückselige, ekelhafte Machwerk! Ich möchte mal die Hirnschalen dieser Leute aufklappen, die über so was lachen. Was man da wohl fände? Stroch wäre noch zu gut.

Der „Ufa“ bleibt jedenfalls der Ruhm, mit diesen beiden Dreifilmen das schlechteste Kinoprogramm Deutschlands zusammengestellt zu haben. H. S.

Als Fortsetzung der „Sechs Spielarten“ sah man (im Oswald-Theater) „Pique Fude“, oder besser, man sah nur „Pique Fude“, denn „Treff Kf“ und „Pique Sieben“, die ebenfalls schon vorgeführt wurden, sah man nicht mehr ganz, weil man doch, wo andere aus Furcht vor Verblüdung panikartig aus dem Kienaplo flüchten, schon aus reinem Solidaritätsgesühl sich anschli. Doch darf man, ohne dabei aufzuweisen zu sein, erwähnen, daß in den folgenden Teilen der Detektiv den Verbrecher auch nicht kriert, daß er aber im letzten Teil, mit dessen schelmischer Titel: „Herz-Dame“ vermuten läßt, nicht nur den Verbrecher, sondern noch etwas viel Beglückenderes — man weiß Bescheid — einfangen wird.

Das „Madel von Picadilly“ erinnert an Reinitz beste Revueleistungen. Die neun Akte wirken so erfrischend, daß man sich von ein Paar unruhigen Emotionen nicht zu sehr verstimmen läßt. Das Picadillymäd I erwacht den Dieb und bei ihm das gestohlene Halsband, Warum läuft sie damit durch Straßen, klettert über Dächer und läßt sich vom Dieb verfolgen, hat sie einfach auf belebter Straße zu stellen und das Beweismaterial gegen ihn vorzulegen? Eva Mara als Picadillymäd zeigt — im Gegensatz zu den meisten Filmidolen — nicht, daß sie von der Unwiderstehlichkeit ihrer Komik überzeugt ist, sondern daß sie wirklich Humor hat. D. K.

Die ägyptische Kunst ist durch die kulturelle und künstlerische Entwicklung der letzten Jahre aus vieltausendjährigem Vergessen wieder in unser Bewußtsein gelangt. Die ganze Entwicklung unserer Empfindungen führte uns in engerem Zusammenhang mit der ökonomisch-politischen Entwicklung dazu, Kulturen zu suchen, in denen Kunst nicht eine Spielerei für gebildete Kreise, sondern das handwerkliche Schaffen und das geistig-politische religiöse Leben der Allgemeinheit ist. Solcher Art war in einem gewissen Sinne die Kultur des alten Ägypten in einem großen Teil seiner Geschichte, und wenn das Staatsleben auch auf

Die Schlichtungsordnung

Im Reichswirtschaftsrat angenommen

Die Spannung, mit der in der Öffentlichkeit die Londoner und Berliner Beratungen über die Kreditfrage verfolgt worden sind, hatte zur Folge, daß die Annahme der Schlichtungsordnung durch den Reichswirtschaftsrat nur geringe Beachtung gefunden hat. Sie ist in der Sitzung am Sonnabend erfolgt, wie auch aus unserem Bericht hervorging. Zur Beleuchtung der Situation, die in dieser Frage damit eingetreten ist, muß aber nachträglich hervorgehoben werden, daß der Gesetzentwurf seine ursprüngliche bösartige Gestalt nahezu unverändert behalten hat. Er enthält die Anrufungspflicht, ferner die Verpflichtung der Organisationen, mit der Anwendung der Kampfmittel bis zur Fällung eines Schiedspruches zu warten, und die Einführung einer Buße bei Verstößen gegen diese Bestimmungen.

Die Mehrheit im Reichswirtschaftsrat für die Annahme der Schlichtungsordnung ist zustande gekommen durch einen Pakt der sozialdemokratischen Mitte, das heißt, die gemäßigteren Vertreter des Unternehmertums fanden sich mit den Vertretern der christlichen und christlich-demokratischen Gewerkschaftsrichtungen zusammen und bildeten mit den übrigen, weder den Arbeitgebern noch den Arbeitnehmern angehörigen Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates die notwendige Mehrheit. Die Verständigung erfolgte auf Grund von Kompromißanträgen der christlichen Gewerkschaften, durch die der bösartige Charakter des Gesetzes im Wesen völlig erhalten geblieben und nur in einer milderen und weniger auffälligen Form gekleidet worden ist. Gefallen sind lediglich die Bestimmungen über die Zweidrittelmehrheit bei einem Streitbeschluss, über die dreitägige Karenzzeit zwischen Schiedspruch und Streitbeginn und die unbeschränkte Schadenersatzpflicht. Dafür haben die vermittelnden Arbeitnehmergruppen sogar die Ausschaltung der landwirtschaftlichen und handwerksmäßigen Pächter aus dem Rechtsbereich der Schlichtungsordnung geschluckt, um die Handwerksmeister und Landwirte für die Kompromißformulierung zu gewinnen.

Es lohnt einstweilen nicht, auf weitere Einzelheiten der jetzt vorliegenden Fassung des Entwurfs einzugehen. Festgestellt sei nur, daß der Gesetzentwurf nunmehr höher an den Reichsrat und Reichstag kommen und dort noch im Laufe der nächsten Monate, wahrscheinlich unmittelbar nach der Erledigung der Steuerreform, beraten werden wird. Darauf muß sich die Arbeiterschaft einrichten. Die Gesetzgebung dieses Gesetzes, das auch in der neuen Form eine unerträgliche Behinderung der Streikfreiheit zur Folge hätte, muß auf alle Fälle verhindert werden.

Die Unterstufung der oberschlesischen Flüchtlinge

Für die Einreichung der Schadenersatzanträge an die Ermittlungskommission für die Aufstandsschäden in Oberschlesien ist, wie uns geschrieben wird, zu beachten:

1. Flüchtlinge und Geschädigte, die sich noch im besetzten O.-S. befinden, richten zweckmäßig ihre Anträge direkt an die Ermittlungskommission für Aufstandsschäden beim zuständigen Landratsamt des Kreises, wo der Flüchtling seinen Schaden erlitten hat, oder beim Magistrat, wenn ein Stadtreis in Frage kommt. Formulare dafür sind bei sämtlichen Ermittlungskommissionen (Landratsamt bzw. Magistrat) unentgeltlich zu haben.

2. Den Flüchtlingen, die sich nicht mehr im besetzten Gebiet befinden, vermittelt diese Anmeldung, wenn eine solche bei der zuständigen Ermittlungskommission in O.-S. noch nicht erfolgt ist, die mit der Interessensvertretung der Flüchtlinge beauftragten „Vereinigten Verbände Heimatlicher Oberschlesier“.

Anmeldungen werden entgegengenommen:

- a) bei den Verwaltungen aller Flüchtlingslager,
- b) bei allen ergänzenden Flüchtlingsfürsorgestellen der B. V. S. O., die bei den Ortsgruppen der B. V. S. O. fast in jeder Stadt des Reiches sich befinden.

feudal-monarchistischer Grundgedanke, was doch durch die Religion, durch die einzigartige Bedeutung des Nils, als Erben des Landes, eine breite Gemeinsamkeit gegeben, aus der eine kulturelle entstanden ist.

Aus diesem Grunde fühlten sich unsere jungen Künstler, zum Teil wohl ganz unbewußt, zur ägyptischen Kunst hingezogen. Das Zweite war, daß die ägyptische Kunst zahlreiche gerade jetzt für uns sehr bedeutsame künstlerische Probleme des Bauens, der plastischen Darstellung, des Symbolisierens und des Prägnanten allgemein gültiger Formen in geradezu vorbildlicher Weise gelöst hatte. Die Entdeckung Ägyptens als gewaltiger geistiger Macht war damit vorbereitet und so trat es sich alsbald, daß eine Berliner Künstlerin, Hedwig Fehdheimer, ein Werk: Die Plastik der Ägypter, herausgab (Bruno Cassirer Verlag, Berlin), das seitdem schon zahlreiche Auflagen erlebt hat. Von diesem Buch ist die eigentliche ägyptische „Mode“ (in Deutschland wird alles sehr schnell zur Mode) herzuweisen. Zum erstenmal wurde einem breiteren Publikum die Eigenart der ägyptischen Kunst klar gemacht. Es ist ja natürlich, daß das Schönheitsempfinden der Masse oder des Volkes sich nicht schnell in den Stil drei bis fünf Jahrhunderte alter Werke hineinfinden kann. Den Weg zur Kunst Ägyptens hat Hedwig Fehdheimer durch ihre ausgezeichneten Qualitäten in der mann leicht gemacht. Ihre künstlerische Darstellung ist ebenso klar wie ihre Herleitung der Kunst aus den sozialistisch-ägyptischen Verhältnissen. Die sozialen, die überhaupt erst den Bau der gewaltigen Werke und den Stil der Plastik ermöglichten, hat sie leider nicht berücksichtigt, obwohl ihr gerade auf diesem Spezialgebiet verschiedene Anmerkungen von Marx gute Hilfe leisten könnten.

In einem neuen, reich ausgestatteten Werk mit 158 Abbildungen und 40 Textseiten behandelt Hedwig Fehdheimer die Kleinplastik der Ägypter. Das Buch ist ebenfalls bei Bruno Cassirer erschienen. Die Einsicht greift wieder weit aus, bringt zahlreiche ägyptische plastische, reliefartige und bildliche Dokumente zum Ausdruck so daß wir aus der ägyptischen Welt heraus in die plastische Formwelt des Kunstgewerbes eingeführt werden. Was die Kenner in ihrer aktuellen Kunst geleistet haben, ist einfach hinreichend! Man glaube ja nicht, daß es hier sich mit europäischem 20. Jahrhundert-Hochmut die guten Ägypter zu loben, etwa mit dem Antezion: Erstausgabe, was die „damals“ schon geleistet haben. Rein — was hier geschaffen wurde, gehört zum 17. Jhd. aller Zeiten. Kippen von 5, 10, 20 Zentimeter Höhe sind so gelblich, daß sie wie große, monumentale Werke wirken. Der hohe Stil war eben dem Ägypter so eigen, daß er gar nicht anders als monumental bilden konnte.

Arbeiterkünstlern sollten nicht verläumden, mindestens eine von diesen Werken anschauen und auch die kommunalen Volkshochschulen sollten sich diese Werke vorsetzen. Die Arbeiterschaft muß auch in solche Kulturprobleme, in die Bestrebungen großer, verkörperter Völker eindringen suchen; denn ohne Kenntnis alter Kulturen ist heute keine neue Kultur mehr möglich. (Die Zeiten „naiven“ Schaffens sind endgültig vorbei.) Übrigens haben die Berliner es besonders leicht, die ägyptische Kultur kennen zu lernen. Unsere Sammlungen im Neuen

c) bei der ergänzenden Fürsorge der B. V. S. O. Breslau, Bahnhofstraße, Sadowastraße (am Hauptbahnhof).

Diese Stellen allein stehen die amtlichen Formulare für die Schadenersatzanträge zur Verfügung. Die Anmeldung braucht zunächst nur in kurzer Form zu erfolgen. Alle Stellen unter a) b) c) geben bereitwillig Auskunft. Der Termin für die Einreichung der Schadenersatzanträge wird bis zum 1. Januar 1922 verlängert werden.

3. Für Beamtenflüchtlinge kommt nach wie vor das Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten, Berlin NW 40, in den Jellen 21 in Frage.

4. Flüchtlinge, die Rat und Hilfe auch in sonstigen Angelegenheiten wünschen, wenden sich nach wie vor an die unter Ziffer 2a bis c genannten Stellen der B. V. S. O.

Kleine Nachrichten

Die „Kote Fahne“ in Frankreich verboten. Der Minister für innere Angelegenheiten hat die Verbreitung der Berliner „Koten Fahne“ für das Gebiet der französischen Republik verboten.

Schlichtung Mitglied des Haager Schiedsgerichts. Durch den Tod des Universitätsprofessors Geheimrats v. Martitz ist vor einiger Zeit eine der vier nach dem Haager Abkommen von Deutschland zu besetzenden Stellen des händigen Haager Schiedsgerichts frei geworden. Die deutsche Regierung hat diese Stelle dem bekannten Völkerrechtler Professor Dr. Walter Schilling übertragen, der das Amt angenommen hat und bereits in die Liste der Schiedsrichter eingetragen worden ist.

Besetzungsstelle des Brauwereinausschusses. Der Ausschuss des Reichstags zur Beratung des Gesetzesentwurfes über das Brauwereinsmonopol beschäftigte letzte Woche die Fabrik von Karl Kühne sowie die Brauwereinsvereine Hermann Meyer u. Co Aktien-Gesellschaft in Berlin. Am Sonntag besuchte der Ausschuss eine größere Spiritusfabrik in Burghausen-Oberhainern. Der Ausschuss will durch die eingehenden Besichtigungen der verschiedenen Betriebe die Unterlagen für eine ganz objektive Entscheidung einer Anzahl wichtiger Fragen, die durch neue Erfindungen hervorgerufen sind, gewinnen. Vertreter der Regierung und der Reichsmonopolverwaltungen nehmen an den Besichtigungen des Ausschusses ebenfalls teil.

Ein Rapp-Bürgermeister

Die Genossen Heinrich und August Schoof, Oranienburg, hatten sich am gestrigen Montag vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III wegen Beleidigung des Oranienburger Bürgermeisters Dr. Heyn zu verantworten. Der Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde: Der Bürgermeister Dr. Heyn hat sich bereits seit dem 10. November 1918 außerordentlich rücksichtslos gegen die Oranienburger Arbeiter und deren Interessensvertretungen benommen. Während des Rapp-Putsch nahm der Bürgermeister keine zweiseitige, sondern eine höchst einseitige Stellung für die Rapprebellien ein. Er handelte den einziehenden Rapptruppen eine Woge von ihm unangehörigen Persönlichkeiten aus, die auch teilweise durch die Rapptruppen festgenommen wurden. Wiederholt bestieg er sich Dr. Heyn grober Unwahrheiten. Wegen seines Verhaltens beschloß die Gewerkschaftskommission und die Vorstände der beiden sozialdemokratischen Parteien von Oranienburg die Drucklegung eines Flugblattes, das sich „Die Wahrheit über den Bürgermeister“ betitelt. Als das Flugblatt gedruckt war, ordnete der Bürgermeister die Beschlagnahme an. Die Arbeiterschaft von Oranienburg veranstaltete wegen dieser Maßnahme eine Demonstration, bei der die Demonstranten in lebhafter Weise die Freigabe des Flugblattes von dem Bürgermeister forderten. Den erregten Demonstranten erklärte Dr. Heyn, daß er die beschlagnahmten Flugblätter nicht mehr habe, diese seien bereits an höhere Instanzen weitergegeben. Dem Genossen Heinrich Schoof war jedoch bekannt, daß die Flugblätter noch im Rathaus lagerten, und da die Unwissenheit des Bürgermeisters in Oranienburg sprichwörtlich sein soll, rief Genosse Heinrich Schoof dazu: „Der Bürgermeister sagt schon wieder!“ Da die Oranienburger Arbeiterschaft und große Teile des Bürgertums gegen den Bürgermeister in außerordentlicher Weise aufgebracht waren, warnte Schoof den Bürgermeister, durch die Demonstranten hindurchzugehen. Der Bürgermeister wollte jedoch den mutigen Mann spielen und suchte sich einen Weg durch die Demonstranten zu bahnen. Der Angeklagte August Schoof, der die Stimmung der Demonstranten kannte und von den Gewerkschaften als Ordner bestimmt war, hielt jedoch den Bürgermeister am Rande zurück, um ihn vor zu erwartenden schweren Täuschlichkeiten zu warnen.

Museum gehören neben London, Kairo, Paris zu den schönsten der Welt. Führungen durch die Museen finden ja jeden Sonntag statt, wie die Leser unserer Tagesnotizen wissen. Bei einer Führung durch die ägyptischen Sammlungen sollten unsere Genossen nicht fehlen. Besonders dann nicht, wenn viel-einmal Hedwig Fehdheimer selbst eine solche Führung veranstalten sollte. Genossen, die sich für diese Kulturwelt interessieren, mache ich noch auf das sehr gute Buch: Geschichte der Kunst in Ägypten von Gaston Maspero aufmerksam (Verlag Julius Hoffmann, Stuttgart). Dieses Werk bringt 500 Bilder von allen möglichen Gegenständen; die Bilder sind aber nicht für allgemeine Kulturinteressenten bestimmt. Auch dieses billige Werk kommt sehr in Betracht für die Kunstler. Für Künstler sind die herrlichen Abbildungen, die Frau Fehdheimer bringt, einfach unerschöpflich. F. S.

Der vierte Melos-Kammermusikabend brachte eine Sonate für Klavier und Violine in einem Satz von Sigfried Rarg-Eiert, die durch die Erneuerung dieser seltenen Hausmusikform weit aparter war, als durch ihre Eigenart. Das Etüdenhafte schadet dem Werkchen, das Alfred Lichtnein, vorzüglich wie nur selten ein Klavier, alles. Dann gelangte von Ludwig Weber, einem Schönerberg-Schüler, ein Streichquartett in einem Satz zum Vortrag. Die fünf zu gestrichelten Quartett-Parallelen sind in diesem Werk die reinen Harmonien, sonst kann man schon eher von Sekunden- oder Septimen-Parallelen sprechen, zumal alle Instrumente sich in einträglichem Rhythmus dauernd bewegen, als wenn vier Köpfe, jeder auf seine Weise und doch völlig voneinander abhängig, einen und denselben Gedanken fassen und sich zu gleicher Zeit aufregen und beruhigen würden. Das Cambrion-Quartett spielte das schwere Werk auszeichnet. — Diese Abende behalten trotz der Schwäche einzelner Werke ihren vorbildlichen Sinn. Mit der Zeit muß auf solchem Wege ein künstlerischer Gewinn erzielt werden. Arno Radei

Walter Bloem wird von den Lesern, die den Patriotismus um jeden Preis lieben, für einen großen Schriftsteller gehalten. Er hat eine Anzahl phantastischer Romane geschrieben, in denen sich kleinbürgerliche Sentimenten auf einem gut deutsch-nationalen Hintergrund abspielen, was schon im Feiern der Verfasser eines prägnant-perlogenen Kriegsromans und wurde dafür so eine Art literarischer Generalstabes-Wilhelms des Vierzehnten. — Das alles legitimierte ihn ausreichend, um den Beifall eines Publikums von Spielern auch mit einem Vortrag zu finden: über den Nationalgedanken natürlich. Es ist beim besten Willen unmöglich, diese Häufung von Blödsinn schiefen Auffassungen und geschichtlichen Unwahrheiten kritisch zu zerlegen. Herr Bloem ist noch immer bei dem national-liberalen Märchen von der „nationalen Mission“ „Vandervorst“ stehen geblieben und stellt die „preussische Mission der Menschheit“ der westlichen Propaganda der Menschenrechte entgegen, (als ob die demokratischen Völker nicht aus Pflichten hätten), und er empfindet die Führer, die aus dem Boden des Nationalgefühles speisen sollen. — Wo wählen wir Herrn Walter Bloem das nächste Mal zum Reichspräsidenten! H. E. K.

Die gestrige Verhandlung brachte über den Bürgermeister von Oranienburg außerordentlich Erstaunliches zutage. Durch Zeugnisauslagen wurde festgestellt, daß der Bürgermeister Dr. Heyn in einer ganzen Anzahl von Fällen mit der Wahrheit in wenig glimpflicher Weise umgegangen ist. So behauptete er, daß Schoof der Bruder eines Raubmörders sei. Weiter hat er das Gerücht in die Welt gesetzt, daß Heinrich Schoof eine leitende Stelle bei der Erziehung eines Bauern in Behlendorf inne habe. Von dem Stadtrat Genossen Ludwig Oranienburg, erzählt er, daß Waffen bei ihm und zwar versteckt unter den Füßen gefunden worden seien. Nichts von alledem ist in Wirklichkeit wahr! Der Lokaldirektor Fahrmann, Oranienburg, ein Parteifreund des Bürgermeisters und Leiter der dortigen Einwohnerversammlung, sagte unter seinem Eid aus, daß der Bürgermeister ihn aufgefordert habe, Heinrich Schoof zu verhaften, ein Gebäude zu inspizieren und dabei den Festgenommenen „auf der Nacht zu erschießen“. Bei einer etwaigen Gerichtsverhandlung würde erfahrungsgemäß nichts herauskommen. Der Oranienburger Bürgermeister tritt bei der Verhandlung natürlich alles ab. Der Gerichtshof gab sich in ziemlich auffälliger Weise Mühe, den Bürgermeister vor unangenehmen Aussagen zu bewahren. Für den Gerichtshof waren befragende Aussagen „nicht zur Sache gehörend“. Für den Herrn Staatsanwalt war es politischer Klugheit. Der Bürgermeister, so lange der Strafprozess weiter, habe den Demonstranten wohl objektiv nicht die Wahrheit gesagt, aber kein Verbrechen sei angedacht, der Vorwurf der Lüge durch Schoof unangebracht gewesen. Es stehe eine formale Beleidigung vor, und deswegen beantrage er gegen Heinrich Schoof die Verhängung einer Geldstrafe von 500 Mark und gegen August Schoof wegen tätlicher Beleidigung eine solche von 200 Mark, dem Beleidigten sei außerdem die Publikationsbefugnis zu gewähren.

Der Verteidiger, Genosse Dr. Siegfried Weinberg, stellte fest, daß der Wahrheitsbeweis für die Unschuldigkeit des Bürgermeisters vollkommen erbracht sei. Nach einer längeren Verteidigungsrede forderte er Freisprechung der Angeklagten. Einsehend besetzte sich Genosse Dr. Weinberg mit der Person des Bürgermeisters und dessen moralischen Qualifikationen. Keinesfalls eigne sich der Herr für einen soch verantwortungsvollen Posten.

Nach einer längeren Beratung kam das Gericht zu dem unerbittlichen Beschluss, daß der Bürgermeister bewußt die Unwahrheit gesagt habe, jedoch in einer gewissen Notlage. Der Angeklagte Heinrich Schoof habe jedoch kein Recht gehabt, ihn der Lüge zu zeihen. Es liege deswegen eine formale Beleidigung vor, und von seiten des Angeklagten August Schoof sei eine tätliche Beleidigung erfolgt. Die Angeklagten hätten nicht in der Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Sie seien deswegen zu 300 bzw. 200 Mark Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens verurteilt worden. Dem beledigten Bürgermeister wurde einmalige Publikationsbefugnis in den Oranienburger Zeitungen zugesprochen.

Verhinderung von Eisenbahnunfällen

In Fairport bei London hat man kürzlich mit einem aus Amerika stammenden automatischen Kontrollsystem höchst interessante und erfolgreiche Versuche gemacht. Dieses System ermöglicht in Fällen, wo die Strecke nicht ganz frei ist und ohne Rücksicht auf die gegebenen Signale, den Zug vordringen zu lassen. Es ist einleuchtend, daß man auf diese Weise zur Verhinderung eines Zusammenstoßes zwischen zwei Zügen die nötige Distanz bewirken kann. Außerdem ist dieses System auch auf Unfälle berechnet, die im Falle eines mangelhaften Funktionierens oder falsch verstandener Signale eintreten können, so daß man sagen kann, daß es gleichsam das menschliche Element ersetzt, wenn dieses aus irgendeinem Grund versagt.

Ein spezieller Kontrollapparat, der im Raum des Maschinenhauses angebracht wird und aus einer elektrischen Klingel, einem Pfeifen und einer Sirene besteht, wiederholt die Weisungen der einlangenden Sirensignale und benachrichtigt so den Maschinenführer, ob er seine Schnelligkeit zu vermindern oder gänzlich anzuhalten hat.

Im Interesse einer erhöhten Verkehrssicherheit muß man wünschen, daß diese interessanten Apparate sich bewähren und auch bei uns eingeführt werden.

Der Arme im Kafeehaus

Ein Leser schreibt uns: Ich sah kürzlich abends an einem Tisch im Café Hardenberg, Hardenbergstraße, das keineswegs ein ausgeprägtes Luxuslokal ist. Ein laider angelegener Kriegsbeschädigter der halb erblindet und deswegen arbeitslos war, kam herein, um etwas warmes zu trinken und wurde aus dem Lokal gemieden. Ich forderte den sehr dünn und ärmlich, aber, wie gesagt, laider angelegenen Mann auf, an meinem Tisch Platz zu nehmen, um etwas warmes zu trinken, da er vollkommen durstlos war. Der Kellner weigerte sich, mich und den Kriegsbeschädigten zu bedienen, da „solche Leute“ in einem Café nichts zu suchen hätten. Der Wirt forderte die Entfernung des Armen. Die anderen Kellner stellten sich auf den Standpunkt ihres Kollegen der, selbst ein Angehöriger der arbeitenden Klasse und eigentümlich nur durch Zufall im Besitz eines arbeitsfähigen Armes und einer Arbeitsmöglichkeit, sich für zu „fein“ hielt, um einen arbeitslosen, tranen- und kriegsbeschädigten Proletarier etwas warmes zu trinken. Ich betone, daß ich von vornherein das Getränk auf meine Rechnung übernommen hatte. Daß noch das Wort „Lumpenprotz“ gefallen ist, ist eigentlich nebenbei. Leider kann ich es nicht genau beweisen, ob es ein Kellner gebraucht hat.

Mit Grauen denke ich als reiflicher Arbeiter an die Zeit, in der mein guter Rock verbraucht ist und ich mir keinen neuen kaufen kann. Dann bin ich auch „Lumpenprotz“, das nicht wert ist, mit Rubellern und Schiebern zusammensitzen, die einen anständigen Rock anhaben und deswegen mit vollendeter Höflichkeit bedient werden.

Ein neues Opfer des Massenmörders

Der Massenmörder Großmann hat, wie die ununterbrochen fortgesetzten Ermittlungen ergeben haben, auch die Emmi Baumann auf dem Gewissen, deren genaue Personellen bisher nicht festgestellt werden konnten. Großmann wollte die näheren Verhältnisse der Emmi Baumann nicht kennen, ob aber ja, daß sie bei ihm gemein sei und ihn dann später, wie viele andere, wieder verlassen hätten. Es handelt sich um eine im Jahre 1902 in Rixdorf in Mecklenburg geborene Emmi Baumann, die schon seit Jahren ihre Eltern verlassen und sich in Berlin umhergetrieben hatte. Bei der Aufnahme der Personellen leistete sie ihre Namenunterstützung und diese wurden mit dem Namenszusatz auf dem bei Großmann gehandenen Buche verzeichnet. Zur reiflichen Aufklärung dieses neu entdeckten Verbrechens ist es dringend erwünscht, daß sich die Personellen, die diese Emmi Baumann, deren Bild im Zimmer 24 des Berliner Polizeipräsidiums zur Ansicht ausliegt, bei Kriminalkommissar Dr. Niemann melden.

Großmann, der im Polizeiverfahren zunächst völlig unermittelt worden war, so daß seine Schuldhaftigkeit bewiesen wurde, hat sich im Untersuchungsgefängnis wieder körperlich vollständig erholt.

Auf der Nacht erschossen wurde in der vergangenen Nacht der 24 Jahre alte Möbelhändler Karl Martel, der in der Laubensfonten-„Vereinigten Grünländer“ wohnte. Beamte der Schutzpolizei überfielen ihn beim Einbruch, Martel erwiderte die Missetat und wurde auf Anrufe nicht stehen. In der Fruchtstraße 1500 an einer der Beamten hinter den Rücken liegend her und traf ihn so schwer, daß er schnittungslos zusammenbrach und gleich darauf verschied. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schanzenhof geschafft.

Voranschlägliche Wetter für Berlin und Umgegend am Mittwoch. Zunächst bewölkt bei kräftigem, später nachlassendem Frost und frühen mäßigen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Zum Kampf der Hochbahner

Sabotage der Unternehmer.

Wie berichtet bereits die Streitenden Hochbahner den Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses angenommen und beschlossen hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Direktion hielt sich aber auf den Standpunkt, daß die von dem Reichsarbeitsministerium geplante Verhandlung zu einer Vereinbarung geführt hätte und daß damit der Streikfall hätte seine Erledigung finden müssen. Wenn trotzdem weiter gestreikt wird, so ist dies ein Streikfall aus dem Tarifvertrage, der von den Tarifschiedsinstanzen zu schlichten ist.

In Konsequenz dieser Auffassung rief die Direktion der Berliner Hochbahn am Sonnabend, den 10. d. M. den Tarif-Schlichtungsausschuss und im weiteren Verlaufe der Sache zum gestrigen Tage den Hauptauschuss an.

Den beiden Einladungen an die Streikenden wurde keine Folge geleistet und zwar aus Gründen, die in einem Schreiben an den Arbeitgeberverband der Deutschen Straßenbahnen niedergelegt wurden. Die Organisation streift die rechtliche Möglichkeit, diese Streiksache vor dem tariflichen Hauptauschuss zur Entscheidung zu bringen. Außerdem wird geltend gemacht: Der bisher geltende Gruppenlohnvertrag war am 1. Dezember abgelaufen. Wenn die tariflichen Schlichtungsstellen beim Abschluß des neuen Vertrages hätten mitwirken sollen, so wäre eine Einigung beider Parteien vorher erforderlich gewesen. Diese Einigkeit bestand aber nicht und daher ist schließlich das Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsstelle angerufen worden. Derselbe ist zwischen den verhandelnden Vertretern der Parteien eine Einigung erzielt worden, d. h. die Arbeitnehmer wollten der Belegschaft das Angebot der Arbeitgeber zur Annahme empfehlen. Das ist auch geschehen. Die Belegschaft konnte aber dem Vorschlage ihrer Vertreter, weil das Angebot ungenügend, nicht folgen und lehnte das Angebot ab. Dementsprechend bestand der Lohn-tariflose Zustand fort.

Die persönliche Auffassung der Unternehmer, die sie in der Presse vertreten, ist falsch. Ihr Gebahren ist ein sehr übler Schachzug und sie verlangt zudem die Anerkennung ihrer Rechtsauffassung, um damit einen Tarifstreik konstruieren zu können. Also nicht auf die Beilegung des Streiks kommt es der Direktion an, sondern um der Öffentlichkeit die Auffassung beizubringen, das Personal der Berliner Hochbahn befindet sich in einem wilden Streik. Das ist völlig fertig und daher kann das tarifliche Schlichtungsverfahren nicht tätig sein.

Auch ein Schiedsgericht.

Der sogenannte Hauptauschuss, der nach obiger Darstellung nicht zuständig ist, erlaubte sich, folgende Entscheidung zu fällen:

1. Der Hauptauschuss erklärt sich für zuständig.
2. Die am 2. Dezember 1921 vor dem Reichsarbeitsministerium geschlossene Vereinbarung gilt als Gruppenabkommen im Sinne des § 8 des Manteltarifvertrages.
3. Das Gruppenabkommen hat für alle Arbeitnehmer der Hochbahn Gültigkeit.
4. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.
5. Die am Vertrag beteiligten Gewerkschaften sind verpflichtet, ihre Mitglieder zur Arbeitsaufnahme mit allen denjenigen Mitteln anzubahnen, die ihnen ihren Mitgliedern gegenüber nach den Satzungen zur Verfügung stehen, und haben keine Streikunterstützung zu zahlen.

In einer heute nachmittags stattfindenden Versammlung der Hochbahner in der Brauerei, Medicinalstraße, wird diese ganze Angelegenheit zur Sprache und wohl auch zur Entscheidung gebracht werden.

Unfallgefahren in der chemischen Industrie

Konferenz der Arbeiter für die chemische Industrie.

Der Zentralverband der Fabrikarbeiter Deutschlands hatte für den 11. und 12. Dezember nach Frankfurt a. M. eine Konferenz einberufen, in der besonders die Unfallgefahren in der chemischen Industrie, die das Unglück in Oppau neuerdings wieder grell beleuchtet haben, besprochen und für ihre Verhütung Vorschläge gemacht werden sollten. Der Kongreß war fast be- suchet. Bremen-Hannover eröffnete die Tagung und gedachte der Katastrophe in Oppau, dem nun das Unglück in Saarlouis gefolgt sei. Der Kongreß ehrte das Andenken der Verunglückten in der üblichen Weise.

Den ersten Punkt der Tagesordnung Unfallgefahren und deren Verhütung in der chemischen Groß-Industrie behandelte Haupt-Hannover. Die Arbeiter der chemischen Industrie seien von Gefahren umgeben, die in anderen Industrien nicht vorhanden wären. Der Verband habe hierzu wiederholt Stellung genommen und Forderungen erhoben. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen seien nicht aus- reichend.

um die Arbeiter genügend zu schützen. Dazu komme, daß die Unfallverhütungsvorschriften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vielfach nicht beachtet würden. Ueber den Kreis der Unfälle hinaus kämen die Berufskrankheiten für die Arbeiter der chemischen Industrie in Betracht. Berufskrankheiten, die durch Einwirkung giftiger Stoffe hervorgerufen würden, müßten als Unfallfälle behandelt werden. Mit der Entwicklung der chemischen Industrie haben leider

die Entwicklung der Unfallverhütungsvorschriften nicht Schritt gehalten. Redner erbringt viele Angaben hierfür und erklärt, daß zur Verhütung der Unfälle die Unfallvorschriften mehr beachtet werden müssen.

In der Diskussion teilte zunächst Abg. Breg einiges über die Tätigkeit des wegen des Oppauer Unglücks einberufenen parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit. Die Behauptung in der Presse, der Ausschuss habe seine Arbeit eingestellt, sei falsch. Der Ausschuss arbeite weiter und neben ihm ebenfalls als Untersuchungsinstanzen der bayerische Ausschuss und der Arbeiterrat. Ueber das Ergebnis des parlamentarischen Untersuchungsausschusses könne er noch nichts berichten, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen wäre.

In der weiteren längeren Aussprache kamen zahlreiche Desinglerie zu Wort, die darauf hinwies, wie durch die großen Anstrengungen, die durch das Akkordsystem bedingt werden, Unfälle schwerster Natur entstehen und machen zu deren Abhilfe vielfache Vorschläge.

Als Ergebnis der Aussprache nahm die Konferenz einstimmig eine Entschließung an, in der verschiedene Vorschläge verabschiedet sind und u. a. gefordert wird:

Verbot der Akkord- oder Prämienarbeit.

verschärfte Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden unter Heranziehung von Arbeitern aus dem Berufe; periodische Belehrung der Arbeiter über die Wirkungen und Gefahren der zu verarbeitenden Stoffe.

Ueber den Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter sprach hierauf Verbands- vorsitzender Breg, und das Thema „Die chemische Indu- strie auf dem Weltmarkt unter Berücksichtigung der Entente“ behandelte Johann Bruns-Berlin. Er be- sprach u. a. die Maßnahmen der Entente gegen deutsche Werke. In einer Entschließung wurde gegen das Verlangen der Entente, Be- triebe zu schließen protestiert.

Damit waren die eigentlichen Arbeiten der Konferenz er- ledigt. Es wurde dann noch eine Reihe organisatorischer Fragen besprochen, an welche sich eine Besichtigung des Instituts für Gewerbehygiene in Frankfurt anschloß.

Der Kampf im Berliner Hoch- und Betonbauergewerbe

Wie in der Tagespresse zu lesen war, haben die Berliner Bauarbeiter, sowie alle an dem Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen den Schiedspruch des Bezirks- lohnamtes abgelehnt. Es kam auf einzelnen Bauten zu Arbeits- einstellungen. Die Folge war, daß der Verband der Ban- geschäfte von Groß-Berlin die Aufhebung der Einzelstreiks for- derte, im andern Falle er zu Abwehrmaßnahmen greifen würde. Der Ausperierungsplan war bereits vorbereitet und war an dessen Verwirklichung kaum noch zu zweifeln. Montag abend wurde leitens der Unternehmerorganisationen das schwerste Ge- schick in Stellung gebracht, um die Berliner Bauarbeiter zu er- droffeln. Die noch in Arbeit stehenden Mitglieder der bauergewer- lichen Arbeitnehmerverbände wurden mit einem Akkord- schick ein bestraft, der die Ausperierung ausspricht. Die Bau- arbeiter Groß-Berlins werden sich damit abfinden, sie haben schon so manche Feuerprobe bestanden und sind im Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen groß ge- worden. Ihre Schuld ist es jedenfalls nicht, wenn das Wirt- schaftslieben in dem Kampf im Berliner Baugewerbe erneut er- schüttert wird. Sie kämpfen nicht um des Kampfes willen, son- dern um einen Stundenlohn, der an anderen Orten bereits be- zahlt wird, den auch die Berliner Bauarbeiter benötigen, um leben zu können.

Wirtschaftliche Lage und Transportarbeiter

Eine gut besuchte Funktionärerversammlung der Transportarbeiter am 12. Dezember in der Brauerei Friedrichshagen beschäftigte sich mit der Wirtschaft- und Verbandslage. Nachdem Ortman- n kurz die Ursachen des Hochbahnstreiks skizziert hatte und den Streikenden volle Unterstützung zugesichert hatte, legte Fremke in ausführlicher Weise die Entwicklung der Wirt- schaft- und Verbandslage im letzten Jahre dar. Noch ist keine Stabilisierung im Wirtschaftsleben eingetreten. Daher war der Verband gezwungen, für die Erhöhung der Löhne mit allen Mitteln zu kämpfen: 253 Bewegungen an denen 20.900 Betriebe mit über 216.000 Mitarbeitern beteiligt waren, haben in den letzten drei Quartalen stattgefunden, 7.200.000 M. beträgt die kämpfte Lohnaufbesserung pro Woche. Viele derjenigen, die den Gewerkschaften Unzulänglichkeit vorwerfen, sind ein Hemmschuh für die Organisation, da sie nicht der Organisation angehören.

Gesamtüberwies hat die Arbeitslosigkeit abgenommen. Die Vortätigkeit setzte ein und die Zahl der arbeitslosen Verbands- kollegen ist von 7500 am Jahresanfang auf 3500 gefallen. Immer noch werden jedoch Heberstunden gemacht, anstatt dafür zu sorgen, daß Arbeitslose eingestellt werden. Der Verband hat im letzten Jahre eine beträchtliche Anzahl Mitglieder verloren. Wenn ein Teil auch durch Abwanderung und Uebergang in andere Berufe zu erklären ist, so müssen die Funktionäre dafür sorgen, daß sich alle Kollegen dem Verband anschließen.

Es werden von den Unternehmern Versuche gemacht, den Acht- fundentag zu beilegen. Geschlossen muß sich die Mitgliedschaft hinter die zehn Punkte der A. D. G. B. stellen und für deren Durch- führung sorgen. Nach längerer Debatte, in der die Ausführungen in der Hauptsache u. a. erstlich werden, und die Verbandsleitung aufgetragen wurde, mit allen Mitteln die Forderungen durchzu- setzen, fand eine Resolution einstimmig Annahme, die die resolute Erfassung aller Lebensmittel und Durchführung der zehn Punkte verlangt, sowie den streikenden Hochbahnern Unter- stützung mit allen Mitteln zugesichert wird.

Mit der Aufforderung, überall sich für die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen einzusetzen, und die Arbeiterpresse zu lesen, schloß Dietmann die Versammlung.

Verschärfter Streik der Portiers

Durch die Halskarrigkeit der Hausbesitzer, die erklären, vor dem 1. Januar den Forderungen der Portiers nicht näherzutreten zu können, sah sich die Organisation der Portiers veranlaßt, verschärfte Maßnahmen in Anwendung zu bringen. Verschiedene Modifikationen in den großen Industriehäusern sind bereits inbzw. inbzw. worden. Der verschärfte Streik der Portiers wird sich bei der jetzigen Temperatur besonders fühlbar machen und es ist anzunehmen, daß die Unternehmer wohl oder übel sich veranlaßt sehen werden, den Forderungen des Haus- bedienungspersonals doch nachzukommen.

Zum Schiedspruch im Bankgewerbe

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten teilt mit, daß Zentralvorstand und Reichsbeirat seiner Organisation den Mitgliedern empfohlen haben, dem gefällten Schiedsprüche unter dem Vorbehalte ihre Zustimmung zu geben, daß über eine Beihilfe an die Angestellten, die der Teue- rung Rechnung tragen soll, sowie über eine bessere Berücksichti- gung der jugendlichen und der weiblichen Angestellten zwischen den Vertragsparteien noch verhandelt werde.

In einem längeren Beschlusse sind die Vorbehalte und Wünsche niedergelegt worden, der dem Reichsverband der Bankleitungen mitgeteilt wurde.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

In der am 10. d. Mts. abgehaltenen Sitzung der Delegierten hielt der Verbands- vorsitzende Genosse Lorenz, ein Referat über den Geset- zentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, der viel richtiger, wie der Referent treffend ausführte, als der Ent- wurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Arbeitszeit anzusehen sei. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Der Obmann, Genosse Fleming, sprach sodann über die vor- zunehmenden Wahlen zum Gesellenauschuss zur Handwerks- kammer Berlin und bemängelte die zur Verfügung stehende kurze Zeit, in welcher die Wahl sich abwickeln muß. Ferner machte der Obmann auf die Bücherweltausstellung der Gewerkschafts- kommission Berlin und Umgebung in Berliner Gewerkschafts- halle aufmerksam. In den Fürsorgeauschuss für die Erwerbs- losenfrage wurden die vom Ausschuss aufgestellten Kandidaten, die Genossen Fleming, Hammer und Scheible und deren Ersatzmänner, die Genossen Taage, Misching und Hoffmann, bestätigt. Laut Antrag des Genossen Behrendt soll beim Bezirksamt Charlottenburg die Hinausziehung von zwei Präsen zu den Sitzungen des Fürsorgeauschusses be- antragt werden.

Streikbeendigung. Der Streik bei der Firma M. u. W. Müller, Hefefabrik und Kornbrennerei-Brauerei ist mit Erfolg für die Arbeiterschaft beendet worden. Die Aufnahme der Ar- beit erfolgt am Sonnabend mittags. Betreffs der Einstellung wurde zwischen der Firma und dem Verband der Brauerei- und Kühl- arbeiter folgendes vereinbart: Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. Sämtliche Arbeitnehmer werden wieder einge- stellt. Maßregelungen haben von beiden Seiten zu unterbleiben.

Sticker, Tapezierer- und Portierverband. Allgemeine Tagesversammlung, Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, in den Praxialen „Mit-Berlin“, Blumenstr. 10. Bericht der Lohnkommission.

Parteiveranstaltungen

Aus dem Bezirk Brandenburg

Die in Guben stattgefundene Konferenz des Unterbezirks Cottbus beschloß einstimmig, die Parteibeiträge vom Dezember an zu ver- doppeln.

Dieselbe beschloß der Unterbezirk Neuruppin, ebenfalls zum Bezirk Berlin-Brandenburg gehörig.

Es ist erfreulich, daß unsere Mitglieder allerorts einsehen, daß der Partei erhöhte Einnahmen zugesichert wer- den müssen, soll nicht die gesamte Agitation, die gerade in den kommenden Wochen so dringend notwendig ist, gänzlich ein- gestreift werden.

Dienstag, 13. Dezember

11. Mittl. Kundgebender muß die heutige Vers- und Delegiertenversammlung. Die nächste Zusammenkunft wird befristungslos.

Mittwoch, 14. Dezember

1. Personalrat, 17. Mittl. 7. Sitzung, 18. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 19. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 20. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand.
2. Personalrat, 17. Mittl. 7. Sitzung, 18. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 19. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 20. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand.
3. Personalrat, 17. Mittl. 7. Sitzung, 18. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 19. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 20. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand.
4. Personalrat, 17. Mittl. 7. Sitzung, 18. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 19. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 20. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand.

Bereinskalender

Dienstag, 13. Dezember

Abend der technischen Angestellten und Beamten. 7 1/2 Uhr Mitgliedserversam- lung im Hotel „Königsplatz“, Hindenburgdamm 10. — 7 1/2 Uhr Vorkonf. der Arbeiter, 18. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 19. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand, 20. Mittl. 1. Sitzung der Parteivorstand.

Das schönste Weihnachtsgeschenk

Ist ein Kreuzfuchs, ein Zobelstuch oder ein Silberfuchs zum Engrospreis von 475 bis 700 Mk.

Petzhaus Jägermann, Oranienstr., Ecke Prinzessinnen- straße 14, am Moritzplatz.

ERICH KUTNER
MOL.
Warum verfaßt die Justiz?



Der kleine Samariter
bietet zur Selbsthilfe bei leichten Krankheitsfällen und gibt Geruchsmittel, die zum Verschwinden des Kopfes bei schweren Krankheiten.

Mit Anhang
Handlung zur Veranschaulichung einer Haus- oder Betriebskrankheit.

Preis 1.50 Mark

Zu beziehen durch Buchhandl. „Freiheit“ Berlin C2, Breite Str. 84b

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Wettmische billiger als überall, Federn, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500, 550, 600, 650, 700, 750, 800, 850, 900, 950, 1000, 1050, 1100, 1150, 1200, 1250, 1300, 1350, 1400, 1450, 1500, 1550, 1600, 1650, 1700, 1750, 1800, 1850, 1900, 1950, 2000, 2050, 2100, 2150, 2200, 2250, 2300, 2350, 2400, 2450, 2500, 2550, 2600, 2650, 2700, 2750, 2800, 2850, 2900, 2950, 3000, 3050, 3100, 3150, 3200, 3250, 3300, 3350, 3400, 3450, 3500, 3550, 3600, 3650, 3700, 3750, 3800, 3850, 3900, 3950, 4000, 4050, 4100, 4150, 4200, 4250, 4300, 4350, 4400, 4450, 4500, 4550, 4600, 4650, 4700, 4750, 4800, 4850, 4900, 4950, 5000, 5050, 5100, 5150, 5200, 5250, 5300, 5350, 5400, 5450, 5500, 5550, 5600, 5650, 5700, 5750, 5800, 5850, 5900, 5950, 6000, 6050, 6100, 6150, 6200, 6250, 6300, 6350, 6400, 6450, 6500, 6550, 6600, 6650, 6700, 6750, 6800, 6850, 6900, 6950, 7000, 7050, 7100, 7150, 7200, 7250, 7300, 7350, 7400, 7450, 7500, 7550, 7600, 7650, 7700, 7750, 7800, 7850, 7900, 7950, 8000, 8050, 8100, 8150, 8200, 8250, 8300, 8350, 8400, 8450, 8500, 8550, 8600, 8650, 8700, 8750, 8800, 8850, 8900, 8950, 9000, 9050, 9100, 9150, 9200, 9250, 9300, 9350, 9400, 9450, 9500, 9550, 9600, 9650, 9700, 9750, 9800, 9850, 9900, 9950, 10000.

Möbel
Schlafzimmer, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Fahrräder
Fahrräder, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Gold-Verlede
Gold-Verlede, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Arbeitsmarkt
Arbeitsmarkt, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Verstärktes
Verstärktes, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Inferate
Inferate, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.